



8. GdP-SICHERHEITSKONFERENZ

180 Neueinstellungen ab dem Jahr 2011

Um es gleich am Anfang zu sagen: „Diese Konferenz endete mit einem Paukenschlag“. Unsere jahrelangen Gespräche und Verhandlungen haben sich gelohnt!

Am 13. April 2010 begann pünktlich um 13.00 Uhr die 8. GdP-Sicherheitskonferenz im Innenministerium. Der Einladung waren viele Mitglieder aus den Bezirksgruppen, aber auch hochrangige Vertreter des Innen- und Finanzministeriums, wie z. B. der amtierende Abteilungsleiter 2, Landespolizeidirektor Rolf-Peter Wachholz, gefolgt. Noch erfreulicher war die Tatsache, dass sowohl der Innen- als auch der Finanzminister gemeinsam teilnahmen. Zu Beginn der Konferenz stellte unser Landesvorsitzender Uwe Petermann in seiner Präsentation die aktuelle Personalentwicklung der Polizei Sachsen-Anhalts dar. Er machte deutlich, dass es bereits weit vor dem Jahr 2020 zu einer Unterschreitung der „Sollstärke“ von 5423 Polizeivollzugsbeamten und 869 Beschäftigten in der Verwaltung kommt.

Außerdem stellte er klar, dass die so genannte Polizeidichte als Instrument zur Bestimmung der Anzahl von Polizisten untauglich ist. Vielmehr muss diese Anzahl anhand von konkreten Eckdaten, die sich aus den Einsätzen bei Großereignis-

sen, Straftaten, Verkehrsunfällen und für die Präventionsarbeit ergeben, berechnet werden.

Anschließend nutzten der Innen- und der Finanzminister die Möglichkeit, aus ihrer Sicht die Probleme darzulegen. Beide erklärten, dass die Berechnung nach der Polizeidichte nicht gerade genial ist, aber in Ermangelung einer Alternative weiterhin herangezogen wird.

Das Problem an sich wurde aber von beiden erkannt. Wir als GdP sehen die einzige Möglichkeit zur Lösung des Problems in einem erhöhten Einstellungskorridor. Dem schlossen sich die Minister nun an und erklärten, dass es ab 2011 statt der 150 nun 180 Neueinstellungen im Jahr geben wird. Damit soll ein Absinken der Personalstärke unter die Sollzahl verhindert und der Altersdurchschnitt in der Polizei verringert werden. Der Finanzminister erklärte, dass man auch auf Bundesebene versuchen wird, bei der Berechnung des Personalbedarfs von der Polizeidichte wegzukommen.

Abschließend kann man sagen, dass die 8. GdP-Sicherheitskonferenz ein voller Erfolg war und zeigt, dass es sich lohnt, immer wieder „den Finger in die Wunde“ zu legen.

Jens Hüttich

www.gdp.de/gdp/gdpls.a.nsf/id/20100501



Die Teilnehmer und die Organisatoren der 8. GdP-Sicherheitskonferenz. Der Finanzminister Jens Bullerjahn, der Innenminister Holger Hövelmann, die stellvertretende Vorsitzende Liane Bosse und der Landesvorsitzende Uwe Petermann (v. r. n. l.)

SCHLAGLICHTER*

Mittwoch, 7. April 2010

Das Technische Polizeiamt stellt seine Kandidaten für die Personalratswahl vor

GdP-Mitglieder in den Personalrat, weil sie sich für Fortschritt, Transparenz und Gerechtigkeit einsetzen!

Dienstag, 30. März 2010

In stiller Trauer

Nachruf – Hubert Niemann

Sonntag, 28. März 2010

Beschlussvorschlag für den PHPR – Vorschlag der GdP-Mitglieder an den Polizeihauptpersonalrat: Dienstvereinbarung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement

Magdeburg. Die GdP-Mitglieder im PHPR schlagen dem PHPR vor, folgenden Beschluss zu fassen: Das Ministerium des Innern wird gebeten, dem PHPR über die Ergebnisse der „einzel-fallübergreifenden Maßnahmen“ zu berichten.

Sonntag, 28. März 2010

Brief an den Innenminister – Umgang mit Dienstunfällen in der Polizei

Magdeburg. Sehr geehrter Herr Minister, der Landesbezirk Sachsen-Anhalt der Gewerkschaft der Polizei muss Sie auf die unerträgliche Situation bei der Verfahrensweise der Anerkennung von Dienstunfällen aufmerksam machen.

Sonntag, 28. März 2010

Der Landesbezirk Sachsen-Anhalt der Gewerkschaft der Polizei lädt ein – 8. Sicherheitskonferenz der GdP

Magdeburg. Der Landesbezirk Sachsen-Anhalt der Gewerkschaft der Polizei lädt zur 8. Sicherheitskonferenz der GdP ein.

Dienstag, 23. März 2010

Besorgniserregende Zunahme der politischen Gewalt – Der Staat muss mehr Härte und Präsenz zeigen

Berlin. Nicht verwundert zeigt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) über die Zunahme der politisch motivierten Gewalttaten von links und von rechts. Bernhard Witthaut, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender: „Die vorgelegten Zahlen bestätigen die leidvollen Erfahrungen unserer Kolleginnen und Kollegen im täglichen Einsatz. Seit Jahren beobachten wir eine massive Zunahme und Brutalisierung der Übergriffe auf Polizeibeamte.“

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Freitag, 19. März 2010

Fachausschuss „Schutzpolizei“ tagte – Fachausschuss geht nach den Wahlen personell verstärkt mit viel Elan die Probleme an

Montag, 15. März 2010

GdP zeigt wiederum Flagge gegen Rechts – Gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften der Region Süd, Flagge gegen rechtes Gedankengut

Dessau-Roßlau. Anlässlich des 65. Jahrestages rief die rechte Szene am 13. März 2010 zu einem so genannten Trauermarsch auf, um den Opfern zu gedenken. Sie marschierten zum wiederholten Male durch die Stadt, um die Verbrechen des Nationalsozialismus zu leugnen und damit die NS-Opfer zu verhöhn.

Dienstag, 9. März 2010

GdP – immer zur Stelle – Informationsveranstaltung an der FH Polizei: Begrüßung der neuen Studenten

Aschersleben. Wie zu jeder Einstellung von neuen Anwärterinnen und Anwärtern an der FH Pol gab es am 4. März 2010 eine Informationsveranstaltung im Hörsaal zum Thema: „Gewerkschaften und Berufsverbände in der Polizei“.

**Unter dieser Überschrift werden kurze und prägnante Informationen aus den letzten Wochen veröffentlicht.*



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 120
39112 Magdeburg
Telefon: (03 91) 6 11 60 10
Telefax: (03 91) 6 11 60 11
E-Mail: lsa@gdp-online.de

Redaktion:
Jens Hüttich (Vi.S.d.P.)
Walter-Kersten-Straße 9
06449 Aschersleben
GdP-Phone: (0 15 77) 4 44 04 31
Telefon: (0 34 73) 80 29 85
Fax: (03 21) 21 04 15 61
E-Mail: jens.huettich@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-281X

FACHAUSSCHUSS VERWALTUNG

Neuer Vorsitzender gewählt

Auf der ersten Sitzung des Fachausschusses Verwaltung nach dem Landesdelegiertentag wurde der Kollege Dominik Furrington aus der Bezirksgruppe Innenministerium zum Fachausschussvorsitzenden gewählt.

Hilfreich zur Seite steht ihm die Kollegin Cornelia Garbade aus der Bezirksgruppe Landesbereitschaftspolizei, die zur Stellvertreterin gewählt wurde. Als Schriftführer fungiert zukünftig Kollege Dirk Juhnke aus dem Technischen Polizeiamt.

Die Mitglieder des Fachausschusses hielten sich in ihrer Sitzung nicht lang bei der Vorrede auf und diskutierten die zukünftigen Aufgaben. Im Mittelpunkt standen die angenommenen Anträge auf dem Landesdelegiertentag, aus denen sich einige Arbeiten auch für den FA Verwaltung ergeben. Die Anträge be-

schäftigen sich mit der Schaffung einer eigenen Laufbahnverordnung für Polizeiverwaltungsbeamte, mit dem Kampf um Stellenanhebungen für die Verwaltung und mit den unterschiedlichsten Arbeitszeitmodellen.

Dieses werden aber nicht die einzigen Aufgaben des FA werden, einstimmig haben sich die Mitglieder des FA dazu ausgesprochen, dass auch für den Polizeibereich in Sachsen-Anhalt Kernaufgaben der Verwaltung definiert werden müssen, denn diese weichen bundesweit sehr voneinander ab. Wir werden uns stark machen gegen den massiven Stellenabbau, für verbesserte Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und Reprivatisierungen.

Vera Ruppricht

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100502



**Die Mitglieder des
Fachausschusses
Verwaltung**

NACHRUF

Mit Betroffenheit erreichte uns die Nachricht vom Ableben unseres langjährigen Mitglieds der Bezirksgruppe Landesbereitschaftspolizei

Hubert Niemann

der am 24. März 2010 plötzlich und unerwartet im Alter von 62 Jahren verstorben ist.

Er war bis zu seiner Pensionierung langjährig als Vertreter des Direktors der Landesbereitschaftspolizei und Leiter des Führungsstabes tätig.

Seine Mitstreiter in der Gewerkschaft der Polizei schätzten ihn als geradlinigen, engagierten und kompetenten Kollegen, der im Berufsleben auch die menschliche Komponente nie außer Acht ließ.

In stiller Trauer

**Im Namen des Vorstandes der BG LBP
Guido Steinert**



BEZIRKSGRUPPE SÜD

Vom Kopf auf die Füße gestellt

Unter diesem Motto trafen sich am 26. und 27. Februar 2010 Vertrauensleute aus der BG ST Süd in Grillenberg, um die Grundzüge der zukünftigen Vertrauensleutearbeit in der BG zu erfahren.

Dabei stand zunächst ein historischer Rückblick auf die Geschichte und die Erfolge der GdP auf der Tagesordnung. Hier schon wurde deutlich, dass die GdP-Erfolgsgeschichte kein Ergebnis einzeln handelnder Personen ist, sondern vielmehr das gemeinsame Auftreten aller GdP-Mitglieder. Neben der Organisation und Struktur der GdP nahm auch die Diskussion über die zukünftige Arbeit der Vertrauensleute einen breiten Platz ein.

Die Seminarteilnehmer aus den verschiedenen Kreisgruppen der BG ST Süd stellten fest, dass die Mitglieder das wichtigste Gut in der GdP sind. Denn letztlich sind sie es, von denen die Existenz der Organisation und deren Durchsetzungskraft abhängt. Deshalb müssen die Mitglieder und ihre Interessen im Mittelpunkt jeglichen Organisationshandelns der GdP stehen.

Dies beginnt bei einer guten Betreuung eines jeden einzelnen Mitglieds und endet bei der Einbindung in Entscheidungsprozesse innerhalb der GdP.

Es wurde deutlich, dass der vielfach vorgebrachte Spruch „...die GdP müsste mal...“ falsch ist, denn jedes Mitglied der GdP ist die GdP. Das würde allerdings bedeuten, dass sich die „Funktionäre“ nicht darauf beschränken dürfen, die Mitglieder aufzufordern, sich an der Organisationspolitik zu beteiligen. Vielmehr müsste sich das Selbstverständnis derer dahingehend ändern, dass sich dieses an den Interessen der Mitglieder orientiert, sich an deren Aktivitäten beteiligt und die Lösung ihrer Nöte zu ihrer Aufgabe macht.

Dies wiederum würde bedeuten, das Vertrauensleutesystem tatsächlich vom Kopf auf die Füße zu stellen. Die Vertrauensleute wären dann Vertreter der

Mitglieder vor Ort, die die Politik der GdP bestimmen. Die GdP stellt dann den Apparat und ihre Logistik zur Verfügung und unterstützt die Mitglieder, deren Interessen von den Vertrauensleuten aufgenommen, repräsentiert und zu den Beschlüssen der GdP gemacht werden. Eine starke Interessenvertretung der Mitglieder der GdP ist also letztlich das Produkt der Mitwirkung eines jeden Einzelnen.

Die bevorstehenden Personalratswahlen wurden inhaltlich und organisatorisch ebenso besprochen, wie auch das gemeinsame Ziel bei dieser Wahl, die Mehrheit in den zu wählenden Personalräten zu gewinnen.

Sven Wolter

www.gdp.de/gdp/gdplsna.nsf/id/20100503

Die Vertrauensleute der Bezirksgruppe Süd bei ihrem Treffen in Grillenberg



NEUES VOM FÖRDERVEREIN

Am 20. Februar 2010 führte der Förderverein der GdP in Halberstadt die Jahreshauptversammlung durch. Zum Abschluss kam das Haushaltsjahr 2008.

Obligatorisch wurde vom Vorsitzenden, Kollege Uwe Petermann, die Versammlung eröffnet. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest und ließ über die Tagesordnung abstimmen. Er berichtete über die Arbeit des Vorstandes und die Aktivitäten im Jahr 2008, zu nennen sind hier die unzähligen Beteiligungen der Mitglieder des Fördervereins beim Fest der Begegnungen, auf dem Sachsen-Anhalt-Tag, beim Bowling Turnier, verschiedenen Tagen der Offenen Tür in den Polizeidienststellen und vielen mehr.

Danach legte Kollegin Vera Rupprich die Finanzen des Fördervereins offen.

Der Bericht der Revisoren bestätigte die ordnungsgemäße Buchführung und somit konnte dem Vorstand Entlastung erteilt werden. Anschließend wurde für die Zukunft geplant und das begann mit der Wahl eines neuen Vorstandes.

Zur Vorsitzenden des Fördervereins wurde Vera Rupprich und zum Stellvertreter Uwe Petermann gewählt. Kassiererin des Fördervereins wird Beate Berndt, Schriftführer Edgar Pilz und die Verantwortliche für Organisation wird Carla Thielecke. Diese Funktionen wurden von den Mitgliedern einstimmig bestätigt.

Der neue Vorstand stellte dann die Pläne für das Jahr 2010 vor. Geplant sind wiederum die Beteiligung am Fest der Begegnungen, am 1. Mai, am Sachsen-Anhalt-Tag und die Durchführung eines Bowlingturniers. Auch im Jahr 2010 wird wieder jedes Mitglied die PSW-Karte er-

halten. Angedacht ist weiterhin die Herstellung mehrerer Informations-Broschüren.

Vera Rupprich

www.gdp.de/gdp/gdplsna.nsf/id/20100504



Übergabe vom alten an die neue Vorsitzende des Fördervereins der GdP



Wie werde ich im Alter wohnen?

Viel wurde in den letzten Jahren über die demografische Entwicklung in Deutschland und deren Folgen für Wirtschaft und Politik diskutiert. Die Gründe dafür wurden analysiert und es stellte sich heraus, dass man diese Entwicklung zwar bedauern, aber nicht mehr rückgängig machen kann. Es heißt also, alle müssen sich damit einrichten und versuchen, das Beste daraus zu machen.

Auch an der GdP ist die demografische Entwicklung nicht spurlos vorübergegangen, schließlich bildet unsere Gewerkschaft einen Teil der Gesellschaft und spiegelt damit auch die Alterspyramide wider. Wer wissen möchte, wie stark der Anteil der Senioren an der Gesamtzahl der GdP-Mitglieder ist, braucht nur einen Blick auf die letzte Seite des Landesteils unserer Zeitschrift zu werfen, wo die Geburtstage veröffentlicht werden.

Es lag also auf der Hand, dass auch die GdP noch stärker als bisher die Senioren in den Blickpunkt ihrer Tätigkeit rücken würde. Das ist in der Tat schon vor einigen Jahren geschehen und auf dem Magdeburger Bundeskongress im Jahr 2002 auch beschlossen worden. Schon seit einigen Jahren ist das Aktivprogramm für Seniorinnen und Senioren unter der Abkürzung APS bekannt. Mitunter wird darunter auch der „Ansprechpartner Senioren“ in den GdP-Kreisgruppen verstanden. Mit diesem Aktivprogramm möchte die GdP ganz konkret die Probleme thematisieren, die die älteren GdP-Mitglieder haben und die ihnen das Leben schwer machen. Hierbei sollen die Senioren spüren, dass sie mit der GdP und der Seniorengruppe eine starke Gemeinschaft im Rücken haben, die ihnen auch nach ihrer aktiven Dienstzeit oder dem Arbeitsleben beratend zur Seite steht.

„Vorsorge“ und „Absicherung“ lauten zwei Begriffe, die in den Unterlagen des APS eine wichtige Rolle spielen. Sie haben sowohl für die rechtliche Seite, von der Patientenverfügung bis zum Testament, als auch für konkrete praktische Maßnahmen, wie die Einrichtung und den eventuellen Umbau der Wohnung, eine große Bedeutung. Alle diese Entscheidungen und Maßnahmen müssen vor gesundheitlichen Einschränkungen



Klaus Kulick vom GdP-Landesbezirk Berlin stellte die Thematik in seinem Vortrag anschaulich dar. Er hat sich schon seit einigen Jahren intensiv mit dem betreuten Wohnen beschäftigt und verfügt über große Erfahrung auf diesem Gebiet.

getroffen werden, wenn man noch selbst handlungsfähig ist. Selbst handlungsfähig bleiben ist ein verständliches Ziel vieler Seniorinnen und Senioren, aber es lässt sich mitunter nicht verwirklichen. Deshalb muss man sich, auch wenn es unangenehm ist und schwer fällt, vorher auf alle Eventualitäten einstellen und vorsorgen. Diese Einstellung gilt besonders dann, wenn man sich über die Gestaltung und die Organisation des persönlichen Lebensumfeldes im Alter Gedanken macht. Die Frage: „Wie werde ich wohnen, wenn ich alt bin?“ spielt dabei eine zentrale Rolle, denn davon hängt das gesamte Wohlbefinden des Menschen ab. Schon der bekannte Zeichner und Grafiker Heinrich Zille stellte treffend fest: „Mit einer Wohnung kann man einen Menschen erschlagen wie mit einer Axt.“

Betreutes Wohnen als Alternative

Im Rahmen des APS-Programms der GdP veranstaltete der Senioren-Bundesvorstand ein Seminar zum Thema „Betreutes Wohnen“, das vom Kollegen Klaus Kulick vom Landesbezirk Berlin geleitet wurde. Wesentliche Inhalte dieses Beitrags stammen aus diesem Seminar. Da, wie in fast allen Industrieländern auch, in Deutschland inzwischen die

Kleinfamilie dominiert, sind in den Familien kaum Angehörige vorhanden, die unterstützen können oder Pflegeaufgaben übernehmen würden. Vor allem aus diesem Grund hat sich in den letzten Jahrzehnten das betreute Wohnen in Deutschland für ältere Menschen als attraktive Alternative zu einem Heimaufenthalt entwickelt.

Unter dem Begriff Betreutes Wohnen werden Wohnformen verstanden, in denen alte Menschen, psychisch Kranke, Behinderte oder Jugendliche von Sozialarbeitern bzw. Psychologen, Erziehern, Therapeuten oder Pflegekräften betreut werden. Die Betreuung soll gewährleisten, dass sie ihre individuellen Probleme möglichst selbstständig bewältigen können. Die Unterbringung in einem Altenheim oder Pflegeheim soll vermieden werden bzw. so weit wie möglich hinausgeschoben werden. Dies ist gleichzeitig das Ziel des Betreuten Wohnens.

Es gibt verschiedene Formen des Betreuten Wohnens, die sich meist auf die Hauptformen Leben in der eigenen Wohnung mit Unterstützung eines ambulanten Pflegedienstes oder einem Helfer und das Zusammenleben in therapeutischen Wohngemeinschaften beziehen. In beiden Wohnformen richtet sich der Grad der Betreuung nach dem individuellen Hilfebedarf.

Formen des Betreuten Wohnens

Die verschiedenen Wohnformen richten sich nach dem Grad, den persönlichen körperlichen Einschränkungen und nach finanziellen Möglichkeiten. Dazu kommen die eigenen Vorstellungen, aber auch die Einstellung zum Umgang mit anderen Menschen. Teilweise ist auch eine Gruppenfähigkeit gefragt, so dass einige Wohnmodelle, z. B. für Einzelgänger, nicht infrage kommen.

• Mehrgenerationen wohnen

Wie es der Name schon sagt, wohnen hier mehrere Generationen unter einem Dach oder in einer gemeinsamen Wohnanlage. Die Idee dieser Wohnform ist es, dass die verschiedenen Generationen einander helfen und sich gegenseitig unterstützen.

• Seniorenwohngemeinschaft (Senioren-WG)

In solchen Wohngemeinschaften finden sich meist Alleinstehende zusammen, die einander ergänzen und die sich



SENIORENGRUPPE

gegenseitig helfen können. Auch der finanzielle Aspekt für die Wohnraumnutzung, wie bei jeder WG, spielt hier eine wesentliche Rolle. Jedoch ist auch diese Wohnform nichts für Individualisten.

- **Seniorenwohnhäuser/Servicewohnen**

Seniorenwohnhäuser oder Servicewohnen sichern ein barrierefreies und behindertengerechtes Wohnen. Das Haus, die Flure und Wohnungen sind schwellenfrei. Es sind Aufzüge vorhanden und die Türen sind breit genug für einen Rollstuhl. Die Sanitäreinrichtungen sind im Bereich der Problemzonen den Wünschen älterer und behinderter Menschen angepasst.

- **Seniorenresidenzen**

Manche Häuser bezeichnen sich auch als Seniorenresidenzen. Was unterscheidet eine Seniorenresidenz vom Seniorenwohnen oder vom Servicewohnen? Es ist einfach der Standard, der sich natürlich auch im Preis ausdrückt. Also die gleiche Entscheidung wie im Urlaub: Nehme ich ein 3-Sterne- oder ein 5-Sterne-Hotel? Für einen erheblich höheren Preis erhält man eine erweiterte Leistung und eine auch umfangreichere Betreuung. Schon beim Betreten des Hauses muss sich der Besucher eines Mieters am Empfang anmelden. Damit wird das Risiko, von Vertretern oder gar Kriminellen belästigt zu werden, erheblich eingeschränkt. Eine restaurantähnliche Einrichtung bietet alle Tagesmahlzeiten, die mitgebucht werden können. Teilweise sind Arztpraxen oder Friseure im Haus.

- **Pflegeeinrichtungen**

Während die oben genannten Wohnformen weitgehend akzeptiert werden, möchte man sich mit dem Gedanken an eine Pflegeeinrichtung am liebsten nicht beschäftigen. Denn in eine Pflegeeinrichtung müssen Menschen, die allein oder auch mit Partner in den bisher beschriebenen Wohnformen nicht mehr leben können, weil sie körperlich oder geistig derart eingeschränkt sind, dass eine kurzzeitige tägliche professionelle Hilfe nicht mehr ausreicht. Nach wie vor ist das Thema Pflegeeinrichtungen bei vielen Menschen ein Tabuthema. In den seltensten Fällen haben die Betroffenen, Bewohner eines Pflegeheimes oder Angehörige rechtzeitig vorher eine klare Entscheidung gefasst, in eine Pflegeeinrichtung zu ziehen. Das ist verständlich, schließlich bedeutet der Einzug auch die Akzeptanz der eigenen Situation. Trotzdem lohnt es sich, sich auch mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Denn, wenn der Not- oder Ernstfall da ist, bleibt nicht viel Zeit zum Überlegen und die Entscheidung muss schnell fallen. Der Betroffene

merkt dann am eigenen Leib, ob die Einrichtung zu ihm passt oder nicht. Gründe dafür oder dagegen gibt es genügend. Deshalb gilt hier ganz besonders: Vorher umschauen, anschauen und prüfen. Die Bedingungen können in jeder Hinsicht sehr unterschiedlich sein.

In größeren Häusern gibt es Seniorenwohnhäuser, Servicewohnen und Pflegeeinrichtungen unter dem gleichen Dach oder in unmittelbarer Nachbarschaft. Das ist eine gute Lösung, denn hier können Menschen, die pflegebedürftig werden, in der gleichen Einrichtung verbleiben und Partner können einander helfen, soweit sie dazu in der Lage sind.

Überprüfung ist unerlässlich

„Darum prüfe, wer sich ewig bindet...“ – das gilt auch für das Betreute Wohnen und die Pflegeheime. Nachdem vor einigen Jahren in den Medien Berichte auftauchten, die von skandalösen Zuständen in einigen Pflegeheimen handelten, hat sich auf diesem Gebiet eine Menge getan. Es gibt sogar einen „Pflege-TÜV“, der vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) durchgeführt wird. Nach einem Punktesystem werden Pflegedienste und -einrichtungen bewertet und damit transparent gemacht. Auch die Stiftung Warentest hat sich schon mit diesem Thema beschäftigt und die Ergebnisse veröffentlicht. Zurzeit werden diese Fragen aber im politischen Raum noch kontrovers diskutiert und es muss abgewartet werden, welche Formen der Überprüfung sich durchsetzen. Nicht abwarten sollten aber diejenigen und ihre Angehörigen,

die das Betreute Wohnen und die Pflegeeinrichtungen nutzen wollen oder müssen. Hier heißt es: Vor dem Notfall umschauen und sich erkundigen, welche Einrichtung lässt sich überhaupt testen und wie sind die Ergebnisse. Denn es gibt keine gesetzliche Verpflichtung für eine solche Überprüfung. Die Überprüfungen selbst können in der unterschiedlichsten Form stattfinden. Das reicht von unangemeldeten Besuchen und Besichtigungen bis hin zum so genannten Probewohnen. Detaillierte Checklisten können dabei eine gute Hilfe sein. Solche Checklisten werden auch im Rahmen des APS von der GdP bereitgestellt.

Die hier geschilderten Fakten und Informationen können nur ein Einstieg in das umfangreiche Thema sein. Sie sollten alle Senioren anregen, sich mit der Frage nach dem Wohnen im Alter auseinanderzusetzen und schon vor dem Notfall abzuklären, welche Wohnform infrage kommt und welche Einrichtung die beste ist. Auch wenn der Gedanke an die eigenen Unzulänglichkeiten und an gesundheitlichen Probleme unangenehm und schmerzhaft ist, sollte sich jeder im Seniorenalter damit beschäftigen. Viel Ärger, Aufregung und auch finanzielle Einbußen können so vermieden werden. Das trifft auch und vor allem für die Angehörigen zu, die die Unterstützung leisten müssen. Den Mut dazu sollte jeder aufbringen, denn mit einer starken Gemeinschaft wie der GdP und ihren Seniorengruppen ist es zu schaffen.

Lothar Jeschke

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100505



Aus jedem Landesbezirk nahm eine Kollegin oder ein Kollege am Seminar teil. Sie werden das erworbene Wissen als Multiplikatoren weitergeben.





Personalentwicklung der Ist-Stellen ...

... in Thüringen

Die Zahl der Polizeibeamten und darüber hinaus der Beschäftigten der Polizei sinkt in Thüringen von Jahr zu Jahr. In den letzten fünf Jahren hat die Thüringer Polizei rund 300 Beamte und Tarifbeschäftigte verloren. Das entspricht dem Personalbestand zweier großer Polizeiinspektionen. Die Verluste sind dadurch eingetreten, dass Altersabgänge und sonstige Abgänge nicht vollständig durch Neueinstellungen ausgeglichen wurden. Innenminister und Innenpolitiker bemühen sich regelmäßig um höhere Einstellungszahlen, scheitern jedoch genauso regelmäßig an Einsparzielen von Landesregierung und Landtag.

Lange versuchten besonders Finanzpolitiker, einen Vergleich zwischen der Zahl der Einwohner und der Zahl der Polizeibeamten in anderen Bundesländern herzustellen. Die Zahl der Polizeibeamten ist jedoch im Wesentlichen von den übertragenen Aufgaben und der Struktur abhängig. Kleingliedrige Strukturen sind personalintensiv und die sollen ja auch nach dem Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD erhalten bleiben.

2008 und 2009 wurden jeweils 160 Polizeianwärterinnen und -anwärter eingestellt. 2010 sollen 180 weitere Einstellungen vorgenommen werden. Da die Ausbildung zwei bis drei Jahre dauert, würden mit diesen Anwärtern die Altersabgänge der Jahre 2010 bis 2012 aufgefüllt. 566 Altersabgängen stehen damit 500 Neueinstellungen gegenüber. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass neben den Altersabgängen weitere 30 bis 50 Polizisten jährlich die Polizei verlassen. Trotz Stellenabbaustopp geht damit der Personalverlust in der Thüringer Polizei weiter. Noch dramatischer ist die Situation im Tarifbereich. Altersabgänge werden dort überhaupt nicht ersetzt. Die Aufgaben der Tarifbeschäftigten müssen von Polizeibeamten künftig mit übernommen werden, was die Personalsituation weiter verschärft. Die Fakten sind bekannt, die Politik muss handeln.

Edgar Große

... in Sachsen

Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Sachsen ist Personalentwicklung ein wichtiger Baustein, um die täglichen Aufgaben jederzeit erfüllen zu können. Die Gesamtsollstärke der sächsischen Polizei betrug 2005/2006 laut Haushaltsplan 14 954 Stellen, davon waren 12 270 Stellen dem Polizeivollzugsdienst zugeordnet. Die Zahl beinhaltet keine Stellen für Auszubildende und Beamte im Vorbereitungsdienst.

Zur Gewährleistung dieses Personal-Solls wurden in den Jahren von 1990 bis 2005 5492 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ausgebildet. Die Personalstärke (Ist-Stärke), die für den täglichen Dienst tatsächlich zur Verfügung steht, weicht davon erheblich ab. Weiterhin sind in diesem Zusammenhang auch die zur Verfügung gestellten Haushaltsstellen und die Problematik des A- und B-Solls zu betrachten. Hier besteht aus Sicht der GdP noch immer ein akuter Handlungsbedarf, denn in der Polizei gibt es grundsätzlich keine Aufgaben, die in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden sollten. Das schließt den Tarifbereich ein.

Die weitere Entwicklung der sächsischen Polizei bis ins Jahr 2016 ist mehr als ungewiss. So waren zu Beginn des Jahres 2009 noch ca. 11 670 Polizeivollzugsbeamte mit einem Altersdurchschnitt von 42,80 Jahren im Polizeidienst tätig. Nach dem derzeitigen Stand werden im Zeitraum 2006 bis 2016 ca. 4000 Polizeivollzugsbeamte in den Ruhestand versetzt. Im Gegenzug dazu werden in diesem Zeitraum ca. 2000 Polizeivollzugsbeamte ihre Ausbildung beenden. Dies bedeutet, 50% der Stellen bleiben unbesetzt oder werden gestrichen. Es muss eine systematische Personalentwicklungsplanung für die Polizei 2020 sofort auf den Weg gebracht werden. Das sächsische Parlament sollte mit einer klaren Entscheidung für nachhaltige Sicherheit sorgen.

Torsten Scheller

... in Sachsen-Anhalt

Echte Personalentwicklung heißt in Sachsen-Anhalt, viele Kolleginnen und Kollegen gehen und nur wenige werden neu eingestellt. Die Verwirklichung eines Konzepts zur Personalentwicklung setzt zu einem wesentlichen Teil die entsprechenden haushaltsseitigen und personalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Landespolizei voraus.

Die notwendige Personalführung durch Einstellungen von Absolventen der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt – zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Personalkörpers, dem Entgegenwirken der fortschreitenden Überalterung und damit der uneingeschränkten Gewährleistung der inneren Sicherheit mit den knapper werdenden personellen Ressourcen soll anhand des belastungsorientierten Personalsolls bedarfsgerecht und linear vorgenommen werden. Reine Zahlenspielerie mit dem Verhältnis x Bürger für einen Polizeibeamten zeigte sich als unrealistisch.

Der vorhandene Personalbestand wird im größtmöglichen Umfang weiter qualifiziert. Zur Qualitätssteigerung der polizeilichen Arbeit soll der Anteil des gehobenen Polizeivollzugsdienstes schrittweise an den aktuell bestehenden Bundesdurchschnitt angepasst werden.

Gleichzeitig werden durch den Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst und durch Altersabgänge im mittleren Dienst die Abbaupflichtungen des Personalentwicklungskonzeptes Sachsen-Anhalt 2008 bis 2025 umgesetzt. Der Anteil des gehobenen Dienstes lag Ende 2008 noch bei ca. 38% und soll im Jahr 2020 bei ca. 53% liegen.

2008 bis 2025 ist ein Einstellungskorridor in Höhe von 120 Einstellungen im Wege von Stellennachbesetzungen vorgesehen. Begonnen wurde 2008 mit 73 Einstellungen, 2011 sind es bereits 121 und ab 2012 bis 2020 dann 150 Einstellungen. Ob die Zahlen allerdings den Bedarf decken werden, das ist eine andere Frage.

Jens Isensee



FACHAUSSCHUSS KRIMINALPOLIZEI

Unser Fachausschuss Kriminalpolizei (FA K) ist nach dem Landesdelegiertentag gerade dabei, sich neu aufzustellen. Die erste Sitzung in neuer Zusammensetzung fand am 10. März 2010 in Magdeburg statt.

Der Termin war so gelegt, weil ich kurz zuvor, am 17./18. Februar 2010, in Berlin an der Sitzung des gleichnamigen Fachausschusses beim Bundesvorstand unserer Gewerkschaft teilgenommen hatte. Über beide Sitzungen soll in diesem Beitrag berichtet werden.

Eindrücke von der Sitzung des Bundesfachausschusses Kriminalpolizei

Zu Beginn mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass der bisherige Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Stefan Rusch (Landesbezirk Bremen), aus persönlichen Gründen sein Amt niedergelegt hatte.

Traditionsgemäß gab uns Konrad Freiberg* einen sehr nachdenklich machenden Situationsbericht. Ich muss schon sagen, die Kommission „Unwort des Jahres“ könnte sich kräftig Anregungen holen. Hier eine kleine Auswahl: „Schuldenbremse“, „drastischer Sparzwang“, „Nullrunden für die nächsten Jahre“, „reale Einkommensverluste“, „Entstaatlichung“, „weitere Verkleinerung des öffentlichen Dienstes . . .“. Da kann einem schon der kalte Schauer über den Rücken kommen, wenn man darüber weiter nachdenkt. Gewerkschaftsarbeit dürfte sich zunehmend auf die existenziellen Grundanliegen der historisch gewachsenen Gewerkschaftsbewegung konzentrieren. „GdP – Gut, dass es sie gibt . . .“, das wird sehr bald gewichtigere Bedeutung haben, als wir uns vor einigen Jahren noch vorstellen konnten. Mit Wohltaten ist in absehbarer Zeit wahrlich nicht mehr zu rechnen. Doch dazu später noch einige Gedanken.

Was ist nun zu tun? Wir, die Vertreter aller Landesfachausschüsse K, waren uns einig, dass wir als GdP offensiver aufzeigen müssen, was passieren wird, wenn man die Polizei bundesweit weiter zusammenkürzt. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass wir als FA K den Hauptauftrag haben, uns um die Belange der Kriminalpolizei zu kümmern. Ich denke, es geht für uns zunehmend um grundlegende Überlegungen zum Stellenwert der Kriminalpolizei im Gesamtgebilde Polizei.

Welche Themen hat der Bundesfachausschuss noch besprochen?

Zum Thema „Rockerkriminalität“ hatten wir mit Herrn LKD Gellenbeck vom LKA Brandenburg einen erstklassigen Referenten. Ich kann nur sagen: bemerkenswertes Thema über eine bemerkenswerte Szene. Wir waren uns hinterher einig, dass eine Zentralstelle beim LKA zur Sammlung, Auswertung, Verwaltung und Steuerung aller Informationen zur Problematik „Rockerkriminalität“ durch die GdP angeregt werden sollte.

Ein weiterer TOP war „Gewalt gegen Polizeibeamte“. Hierzu möchte ich der Sitzung des Landesfachausschusses nicht vorgreifen. Ich möchte nur dazu sagen, dass der bundesweit bekannte Kriminologe Christian Pfeiffer aus Niedersachsen dazu an einer Studie arbeitet. Nicht alle, aber einige Bundesländer sind dabei mit im Boot. Parallel dazu läuft auf Beschluss der IMK die Erfassung der relevanten Fälle im bundeseinheitlichen Lagebild.

Hausaufgaben haben wir uns zur „Internetkriminalität“ aufgegeben. Der Bundesfachausschuss hält die Thematik für äußerst wichtig. Das sehe ich auch so für unseren FA K.

Eine freudige Nachricht gab es in Berlin auch: Nach jahrelangem Kampf stehen die Zeichen gut, dass es irgendwann „staatlich bestellten Leichenbeschauer“ geben könnte. Das wäre doch mal was, man muss nur fest daran glauben . . .

Fachausschuss Kriminalpolizei traf sich zur ersten Sitzung im Jahr 2010

In neuer personeller Zusammensetzung hat sich der FA K zusammengefunden, um sich gegenseitig kennenzulernen und zügig die Arbeitsthemen für dieses Jahr zu bestimmen. Wir waren uns schnell einig, dass wir unsere Prioritäten kurz-, mittel- und langfristig setzen wollen. Es muss aber auch sichergestellt werden, dass der FA K flexibel und unmittelbar auf aktuelle Schwerpunktthemen reagieren kann bzw. selbst Probleme erkennt und anspricht.

Wir haben uns vorgenommen, dass wir den Informationsaustausch mit dem GLBV und unsere Öffentlichkeitsarbeit verbessern wollen.

Ein Diskussionspunkt war der kürzliche Beschluss des Bundesverfassungsgerichts bezüglich der Vorratsdatenspeicherung. Wir möchten das gegenwärtig noch nicht bewerten. Wir machen aber darauf aufmerksam, dass das Urteil eine „gewisse“ Unsicherheit bei den „Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft“ ausgelöst hat. Erste praktische negative Beispiele sind uns schon bekannt.

Aus unserer Sicht besteht dringender Klärungs- und Erklärungsbedarf zu der Frage: Welche Daten sind uns im Ermittlungsverfahren noch nutzbar/zugänglich und was geht gar nicht mehr?

Zum Thema „Internetkriminalität“ werden wir uns später ausführlich äußern. Wir sind uns aber grundsätzlich in folgenden Überlegungen einig: Es gibt eine einerseits atemberaubende, rasante Entwicklung des technischen Fortschritts und andererseits kann die Polizei nur punktuell mithalten. Neben der realen Gesellschaft hat sich eine eigene virtuelle Welt gebildet, die nicht nur Polizeibeamte fasziniert. Vielmehr ist gerade das Internet ein Tummelplatz für Kriminelle und deren Aktivitäten geworden. Um so mehr ist es notwendig, nach gesetzlich geregelten Wegen zu suchen, die auch in zukünftigen Strafverfahren die Nachvollziehbarkeit von Internetaktivitäten sichern. Die klassischen Ermittlungsmethoden sind hier nahezu am Ende.

Im Zusammenhang mit dem Thema „Internetkriminalität“, aber auch zu anderen Kriminalitätsfeldern, unterstreichen wir unsere Auffassung, dass der „Allround-Kriminalist“ zwar viele Verfahren in hinreichender Qualität bearbeiten kann, jedoch Spezialisten auf vielen Gebieten unerlässlich sind. Diesem Erfordernis muss aus unserer Sicht viel mehr Beachtung geschenkt werden. Wir konnten natürlich nur einige Themen ansprechen und ich habe hier nur auszugsweise berichtet. Dennoch möchte ich hier noch einen Gedanken zitieren, den wir in den Mittelpunkt unserer Aktivitäten stellen werden: „Wir wollen den Kriminalisten in der Öffentlichkeit den Rücken stärken.“

Zuletzt ein eigener Gedanke: Die reale Situation sollte uns alle anregen, den Begriff „Gewerkschaftsarbeit“ auf einem neuen Niveau zu begreifen! Der Fachausschuss Kriminalpolizei wird sich auch diesem Anspruch stellen.

** Konrad Freiberg wird beim Bundeskongress der GdP im November nicht wieder antreten. Schade, er hat bisher einen tollen Job gemacht und er war dem Bundesfachausschuss Kriminalpolizei immer ein guter Freund. Es bleibt zu hoffen, dass der neu zu wählende Nachfolger auch so eine vertrauensvolle Bindung zur Kriminalpolizei aufbauen kann.*

Rolf Strehler
Vorsitzender FA K

www.gdp.de/gdp/gdpls.nsf/id/20100506



REDAKTIONSSCHLUSS

der Ausgabe 6/2010 ist

Freitag, der 6. Mai 2010,

und für die Ausgabe 7/2010 ist es

Freitag, der 4. Juni 2010.

Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Die Landesredaktion

SENIOREN-TERMINE

Seniorengruppe PD-Ost

Bereich Bitterfeld

Versammlungs- und Kegeltermine

am 23. 6. 2010 und am 22. 9. 2010 von 14.30 – 16.30 Uhr auf der Bundeskegelbahn Sandersdorf

Bereich Wolfen

Versammlungstermine

am 1. 6. 2010 und am 14. 9. 2010 um 15.00 Uhr in der Gaststätte „Am Rodelberg“ in Wolfen

Bereich Wittenberg

Veranstaltungstermine

am 15. 6. 2010, 16 Uhr, Vollversammlung (mit Ehepartnern), Thema: Rentenbesteuerung und am 17. 8. 2010 um 15.45 Uhr, Kemberg, Minigolf (mit Ehepartnern), Meldung bis 9. August 2010 an Peter Lembke, Tel. 0 34 91/ 40 37 41

Bereich Dessau Roßlau

Veranstaltungstermine

am 18. 6. 2010 und am 10. 9. 2010 um 17.00 Uhr in der „Sportlerklause Kunze“ in Dessau-Roßlau, Kreuzbergstr.179

Seniorengruppe PD Nord

Kreisgruppe PD Haus

Versammlungstermine

am 17. 5. 2010 und 21. 6. 2010 um 14.00 Uhr im Alten und Servicecenter Sudenburg der Volkssolidarität und der Stadt Magdeburg, Halberstädter Straße 115. Straßenbahn Linie 1 und 10 bis Eiskeller Platz.

Bereich Aschersleben-Staßfurt

Versammlungstermine

am 7. 6. 2010 und am 20. 9. 2010 um 15.00 Uhr im Hotel „Stadt Aschersleben“ in Aschersleben, Herrenbreite 17

Seniorengruppe PD-Süd

Bereich Saalekreis

Veranstaltungstermine

am 25. 5. 2010 um 14.00 Uhr in der Gaststätte „Zur Gartenlaube“, Querfurter Straße in Merseburg

Rückfragen über Wilfried Grube, Tel. 0 15 20/8 87 24 00 oder 03 46 05/4 59 56

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100507

